



Bundesnetzagentur • Postfach 80 01 • 53105 Bonn

## **Zustellung gegen Empfangsbekenntnis**

Tennet TSO GmbH  
Herrn Dr. Frank-Peter Hansen  
Bernecker Str. 70  
95448 Bayreuth

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
03.07.2017

Mein Zeichen, meine Nachricht vom  
608-17-013  
608e

☎ (02 28)  
14-5789  
oder 14-0

Bonn  
27.09.2017

## **Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß § 13b Abs. 5 EnWG zur Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks Irsching 3**

**Aktenzeichen: 608-17-013**

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber der

Tennet TSO GmbH, Bernecker Str. 70, 95448 Bayreuth, vertreten durch die Geschäftsführung

- Antragstellerin -

unter Beiladung der

Uniper Kraftwerke GmbH, Völklinger Straße 4, 40219 Düsseldorf, vertreten durch die Geschäftsführung

- Beigeladene -

wegen

des Antrags auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks Irsching 3  
hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen,  
Tulpenfeld 4, 53113 Bonn

am 27.09.2017 entschieden:

1. Auf Antrag der Antragstellerin wird die Ausweisung der Systemrelevanz des von der Uniper GmbH betriebenen Kraftwerkblocks

Irsching 3 am Kraftwerksstandort Vohburg (BNA0993)

beginnend mit dem 03.05.2018 bis zum Ablauf von 12 Monaten ab dem Tag der Inbetriebnahme des Engpassmanagementverfahrens zwischen Deutschland und Österreich genehmigt, längstens jedoch bis zum Ablauf des 04. Mai 2020. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.

2. Die Genehmigung wird mit der Auflage verbunden, dass die Antragstellerin, soweit sie die Anlage Irsching 3 über den in Ziffer 1 genehmigten Zeitraum hinaus als systemrelevant ausweisen will, spätestens 13 Monate vor Ablauf der Genehmigung gemäß Ziffer 1 bei der Bundesnetzagentur erneut einen Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung zu stellen hat.

#### **Gründe:**

##### **I.**

Mit Bescheid vom 02.02.2015 (Az. 608-13-004/005) genehmigte die Bundesnetzagentur die Systemrelevanzausweisung des Kraftwerkblocks Irsching 3 durch die Antragstellerin bis zum Ablauf des 02.05.2018.

Mit Schreiben vom 05.05.2017, als Kopie eingegangen bei der Bundesnetzagentur am selben Tage, erklärte die Beigeladene gegenüber der Antragstellerin, nach Ablauf der Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlage Irsching 3 nunmehr die Schritte zur Vorbereitung der endgültigen Stilllegung der Anlage am 03.05.2018 einleiten zu wollen. Die Beigeladene vertrat in dem Schreiben den Standpunkt, dass das EnWG seit Inkrafttreten des Strommarktgesetzes keine Möglichkeit zur Verlängerung der Ausweisung der Systemrelevanz für zur endgültigen Stilllegung angezeigte Anlagen mehr vorsehe. Gleichwohl bot sie der Antragstellerin Verhandlungen über eine mögliche künftige Vorhaltung der Anlage zum Redispatch über den 02.05.2018 hinaus auf individualvertraglicher Grundlage an.

Die Antragstellerin erklärte hierauf mit Schreiben vom 30.05.2017, eingegangen bei der Bundesnetzagentur am 01.06.2017, dass sie für Verhandlungen über eine künftige Vorhaltung der Anlage auf individualvertraglicher Grundlage keinen Raum sehe, da das EnWG nach wie vor die Möglichkeit enthalte, die Ausweisung der Systemrelevanz einer zur endgültigen Stilllegung an-



gezeigten Anlage zu verlängern bzw. wiederholt vorzunehmen. Weiter teilte sie mit, beziehungsweise auf die Ankündigung der Beigeladenen vom 05.05.2017, alsbald mit Maßnahmen zum Zweck der endgültigen Stilllegung von Irsching 3 zu beginnen, mit der Prüfung befasst zu sein, ob eine Systemrelevanz der Anlage noch über den 02.05.2018 hinaus fortbestehe. Über das abschließende Ergebnis der Systemrelevanzprüfung werde sie die Beigeladene unverzüglich nach deren Vorliegen informieren.

Mit Schreiben vom 08.06.2017 wandte sich die Bundesnetzagentur an die Beigeladene und teilte mit, dass sie deren Rechtsauffassung hinsichtlich der Möglichkeit einer erneuten bzw. wiederholten Systemrelevanzausweisung von zur endgültigen Stilllegung angezeigten Kraftwerken nicht teile und wies darauf hin, dass sämtliche Maßnahmen der Beigeladenen, die dazu führten, dass ein möglicher Weiterbetrieb von Irsching 3 über den 02.05.2018 hinaus vereitelt wird, gegen das in § 13b Abs. 5 S. 1 EnWG normierte Stilllegungsverbot verstießen.

Die Antragstellerin stellte mit Schreiben vom 03.07.2017, eingegangen bei der Bundesnetzagentur am selben Tag, bei der Bundesnetzagentur den Antrag, die von ihr vorgenommene Systemrelevanzausweisung der Anlage Irsching 3 ab dem 01.05.2018 für 24 Monate zu genehmigen. Die Bejahung der Systemrelevanz begründe sich zum einen mit dem Ergebnis der gemäß der Netzreserveverordnung durchzuführenden Systemanalyse der Übertragungsnetzbetreiber vom 24.04.2017<sup>1</sup>. Hiernach werde Irsching 3 in der Fallvariante, dass das Engpassmanagementverfahren zwischen deutschen und österreichischen Grenze (im Folgenden: EPM DE-AT) im Winter 2018/2019 noch nicht in Betrieb ist, in der bedarfsdimensionierenden Stunde zum Redispatch herangezogen.

Die Bundesnetzagentur hat auf diesen Antrag hin das vorliegende Verwaltungsverfahren nach § 66 Abs. 1 EnWG eingeleitet.

Der Beigeladenen wurde auf ihren Antrag vom 16.06.2017 hin mit Bescheid vom 19.07.2017 zum vorliegenden Verfahren beigeladen.

Mit Schreiben vom 21.08.2017 gab die Bundesnetzagentur der Beigeladenen die Gelegenheit, zum Antrag der Antragstellerin vom 03.07.2017 sowie zum gegenwärtigen Stand der behördlichen Erwägungen Stellung zu nehmen. Die Beigeladene erklärte in Ihrem Schreiben vom 12.09.2017, eingegangen bei der Bundesnetzagentur am selben Tag, dass es für die Einleitung, Durchführung und auch die Entscheidung des vorliegenden Verfahrens keine Rechtsgrundlage

---

1

[https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen\\_Institutionen/Versorgungssicherheit/Berichte\\_Fallanalysen/Systemanalyser\\_UeNB\\_2017.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/Versorgungssicherheit/Berichte_Fallanalysen/Systemanalyser_UeNB_2017.pdf?__blob=publicationFile&v=2)



gebe. Das EnWG sehe weder eine Verlängerung noch die Möglichkeit einer erneuten Systemrelevanzausweisung einer Anlage vor, die vom Anlagenbetreiber bereits zur endgültigen Stilllegung angezeigt und vom zuständigen Übertragungsnetzbetreiber als systemrelevant ausgewiesen worden ist. Der Wortlaut des § 13b Abs. 5 EnWG, in dem die Zulässigkeit einer erneuten Anzeige der endgültigen Stilllegung und Systemrelevanz-Ausweisung im Unterschied zum Wortlaut des § 13b Abs. 4 EnWG gerade fehle, sei insoweit eindeutig. Insofern habe weder Tennet einen Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanz-Ausweisung stellen dürfen, noch dürfe – mangels Rechtsgrundlage – die Bundesnetzagentur diesem Antrag stattgeben.

Die Beigeladene führt aus, dass selbst wenn man entgegen dem klaren Wortlaut des Gesetzes und ihrer Rechtsauffassung von einer grundsätzlichen rechtlichen Zulässigkeit der Verlängerung bzw. Neuausweisung der Systemrelevanz für bereits in der Vergangenheit an der endgültigen Stilllegung gehinderten Kraftwerken ausginge, müsse der dafür vorgesehene Prozess verfassungskonform ausgestaltet sein und den grundrechtlich geschützten Rechtspositionen der Kraftwerksbetreiber hinreichend Rechnung tragen. Der mit einer erneuten Ausweisung bzw. Verlängerung der Ausweisung verbundene Grundrechtseingriff könne nur dann verhältnismäßig sein, wenn das Verfahren so ausgestaltet sei, dass dem Kraftwerksbetreiber jederzeit Planungs- und Rechtssicherheit bei dem Prozess zur endgültigen Stilllegung gewährt werde. Zudem sei der Eingriff in die Grundrechte der Beigeladenen durch eine erneute Systemrelevanzausweisung und deren behördliche Genehmigung nur dann verhältnismäßig, wenn der Kraftwerksbetreiber für die Belastungen, die von der endgültigen Stilllegung ausgehen, angemessen kompensiert werde. Diesen verfassungsrechtlichen Grundsätzen sei bisher im vorliegenden Verfahren keine Rechnung getragen worden, mit der Folge, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine unverhältnismäßige Rechtsverletzung drohe. Zur Wahrung des verfassungsrechtlichen Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes sei es laut der Beigeladenen notwendig, dass der Übertragungsnetzbetreiber mit ausreichendem zeitlichen Vorlauf vor Ablauf der Genehmigung der Systemrelevanzausweisung prüft und entscheidet, ob er die Anlage erneut als systemrelevant ausweist. Der Kraftwerksbetreiber müsse möglichst frühzeitig das Ergebnis dieser Prüfung kennen, um im Fall, dass eine erneute Systemrelevanzausweisung nicht erfolge, in der Lage zu sein, die notwendigen Prozesse zur Vorbereitung der endgültigen Stilllegung einzuleiten, damit die Anlage rechtzeitig zum geplanten Stilllegungsdatum tatsächlich stillgelegt werden könne. Die Beigeladene erklärt, dass der Zeitbedarf zur Vorbereitung der tatsächlichen Stilllegung, z.B. der Personalabbau, im Regelfall mindestens 12 Monate betrage. D.h., der Anlagenbetreiber müsse mindestens 12 Monate vor dem geplanten Stilllegungsdatum wissen, ob der ÜNB die Anlage für einen weiteren Zeitraum als systemrelevant ausweist. Da die Entscheidung über eine erneute Ausweisung letztlich erst mit der Genehmigungsentscheidung der Bundesnetzagentur erfolge, für die das Gesetz in § 13b Abs. 4 EnWG eine Bearbeitungszeit von drei Monaten ab Eingang des Genehmigungsantrags einräume, ist es nach Ansicht der Beigeladenen geboten, diesen dreimonatigen Zeitraum



bei der Bemessung der Vorlaufzeit vor Eintritt der tatsächlichen endgültigen Stilllegung hinzurechnen. Hieraus folge die Verpflichtung für den ÜNB, sollte eine erneute bzw. wiederholte Ausweisung notwendig sein, mindestens 15 Monate vor Ablauf der Genehmigung der Systemrelevanzausweisung einen Antrag auf erneute Genehmigung der Systemrelevanzausweisung zu stellen.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Akte verwiesen.

## II.

Dem Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks Irsching 3 als systemrelevant ist bis zum Zeitpunkt der Einführung des EPM DE-AT zuzüglich einer Übergangsfrist von 12 Monaten zum Zwecke der endgültigen Stilllegung der Anlage stattzugeben, längstens jedoch gemäß § 31 Abs.3 VwVfG bis zum 04.05.2020. Insoweit ist der Antrag zulässig und begründet. Im Übrigen ist er unbegründet.

1. § 13b Abs. 5 S.1 EnWG ist die Rechtsgrundlage für die Verlängerung bzw. Erneuerung des Stilllegungsverbots in Bezug auf die Anlage Irsching 3, die erstmalig von der Rechtsvorgängerin der Beigeladenen zur endgültigen Stilllegung angezeigt, von der Antragstellerin als systemrelevant ausgewiesen und von der Bundesnetzagentur mit Bescheid vom 02.02.2015 als systemrelevante Anlage genehmigt worden ist. Der Vortrag der Beteiligten, dass das EnWG seit Inkrafttreten des Strommarktgesetzes am 30.07.2016 keine Rechtsgrundlage zur Verlängerung bzw. zur wiederholten Ausweisung der Systemrelevanz einer zur endgültigen Stilllegung angezeigten Anlage mehr enthalte und entsprechend die Einleitung, Durchführung und die Entscheidung des vorliegenden Verfahrens ohne gesetzliche Grundlage erfolge, ist unzutreffend. Insbesondere die Schlussfolgerung der Beigeladenen, dass der Gesetzgeber beabsichtigt habe, die Möglichkeit einer erneuten bzw. wiederholten Systemrelevanzausweisung von zur endgültigen Stilllegung angezeigten Anlagen durch das Strommarktgesetz zu beseitigen, greift zu kurz. Zwar enthielt die Vorgängerregelung § 13a Abs. 2 S. 9 EnWG in der Fassung bis zum 29.07.2016 noch die Formulierung, dass eine Ausweisung der Systemrelevanz „jeweils höchstens für eine Dauer von 24 Monaten erfolgen darf“, die in der Nachfolgeregelung des § 13b Abs. 5 EnWG weggefallen ist. Allerdings findet sich in der Gesetzesbegründung zu § 13b Abs. 4 und 5 EnWG (BT-Drucksache 18/7317, S. 90) kein Anhaltspunkt dafür, dass der Gesetzgeber mit der Streichung des Wortes „jeweils“ bezweckt hat, die Möglichkeit einer erneuten Systemrelevanzausweisung von bereits zur endgültigen Stilllegung angezeigten Anlagen zu beseitigen und damit eine Obergrenze hinsichtlich des Zeitraums einzuführen, in dem eine Systemrelevanz überhaupt in Betracht kommt. Vielmehr enthält die Gesetzesbegründung zur Neufassung des § 13b Abs. 5 S. 8 EnWG die Aussage, „dass die Ausweisung grundsätzlich in dem Umfang und für den Zeitraum



erfolgt, der jeweils erforderlich ist, um die Gefährdung oder Störung abzuwenden (a.a.O. S. 90, Zwischenüberschrift „Zu Absatz 5“, fünfter Absatz, S. 1). Der Gesetzgeber hatte vor dem Hintergrund dieser Klarstellung in der Gesetzesbegründung offenbar nicht die Absicht, mit der Neufassung des § 13 Abs. 5 EnWG die Möglichkeit einer erneuten bzw. verlängerten Systemrelevanzausweisung abzuschaffen, wie es die Beigeladene unterstellt. Das gesetzgeberische Motiv hinter der Neufassung des § 13b Abs. 5 EnWG besteht laut Gesetzesbegründung einzig darin, den jeweiligen Zeitraum, für den der ÜNB die Systemrelevanz eines zur endgültigen Stilllegung angezeigten Kraftwerks ausweisen kann, über die Dauer von grundsätzlich 24 Monaten hinaus zu verlängern, sofern dies mittels einer entsprechenden Systemanalyse durch den zuständigen ÜNB nachgewiesen werden kann und von der Bundesnetzagentur bestätigt wird (a.a.O. S. 90). Darüber hinaus sind mit der Neufassung keine weiteren inhaltlichen Änderungen zur Vorgängerfassung verbunden.

Auch das gesetzessystematische Argument der Beteiligten, wonach aus dem Vergleich zwischen der Regelung zur vorläufigen Stilllegung gemäß § 13b Abs. 4 EnWG und zur endgültigen Stilllegung gemäß § 13b Abs. 5 EnWG folge, dass nur hinsichtlich zur vorläufigen Stilllegung angezeigten Anlagen nach Ablauf der erstmaligen Systemrelevanzausweisung eine erneute Ausweisung zulässig sei, greift letztlich nicht durch. Zwar enthält § 13b Abs. 4 S. 2 EnWG im Unterschied zu § 13b Abs. 5 EnWG ausdrücklich einen Passus über die Möglichkeit der Verlängerung der Systemrelevanz: „Die Ausweisung erfolgt für eine Dauer von 24 Monaten; zeigt der Betreiber einer Anlage für den Zeitraum nach Ablauf der 24 Monate die geplante vorläufige Stilllegung nach § 13b Absatz 1 Satz 1 erneut an und wird das Fortbestehen der Systemrelevanz der Anlage durch eine Prüfung des regelzonenverantwortlichen Betreibers eines Übertragungsnetzes festgestellt, erfolgt jede erneute Ausweisung der Anlage als systemrelevant jeweils für einen Zeitraum von bis zu 24 Monaten“. Die Beigeladene behauptet, dass der Gesetzgeber, hätte er auch der bei der endgültigen Stilllegung eine Verlängerung bzw. Erneuerung der Ausweisung vorsehen wollen, diesen Passus einfach nur in die Regelung über die endgültige Stilllegung, § 13b Abs. 5 EnWG, übernehmen müssen. Da der Gesetzgeber die Formulierung gerade nicht in § 13b Abs. 5 EnWG übernommen habe, so die Beigeladene, habe er sich bewusst dagegen entschieden, die Verlängerung bzw. Erneuerung der Systemrelevanzausweisung auch bei zur endgültigen Stilllegung angezeigten Anlagen zu ermöglichen. Auch diese Argumentation findet in der Gesetzesbegründung keine Stütze.

Vielmehr lässt sich bereits dem Wortlaut des § 13b Abs. 5 S. 1 EnWG entnehmen, dass eine Verlängerung bzw. Erneuerung der Systemrelevanzausweisung durch den ÜNB und deren Genehmigung durch die Bundesnetzagentur zulässig ist. § 13b Abs. 5 S. 1 EnWG enthält die Formulierung, dass endgültige Stilllegungen verboten sind, solange und soweit 1.) der systemverantwortliche Betreiber des Übertragungsnetzes die Anlage als systemrelevant ausweist, 2.) die Ausweisung durch die Bundesnetzagentur genehmigt worden ist und 3.) ein Weiterbetrieb tech-



nisch und rechtlich möglich ist. In dieser Formulierung kommt zum Ausdruck, dass die zeitliche Gültigkeit des Stilllegungsverbots gerade nicht auf einen einmaligen Zeitraum beschränkt ist, sondern bis zu dem Zeitpunkt fortbesteht, an dem die Voraussetzungen des § 13b Abs. 5 S. 1 EnWG Nr. 1 bis 3 EnWG nicht mehr vorliegen.

Der Umstand, dass § 13b Abs. 4 EnWG anders als in § 13a EnWG in der Fassung bis zum 29.07.2016 nunmehr und ausschließlich im Fall der vorläufigen Stilllegung eine erneute Stilllegungsanzeige verlangt, dürfte vielmehr den Hintergrund haben, dass die Systemrelevanzausweisung einer zur vorläufigen Stilllegung angezeigten Anlage nach Inkrafttreten des Strommarkt nicht mehr unbeschränkt gilt, sondern auf jeweils maximal 24 Monate zu beschränkt ist. Nach Ablauf der Systemrelevanzausweisung muss dem Betreiber die Möglichkeit gegeben werden, durch die Abgabe einer erneuten Stilllegungsanzeige die unmittelbare Rückkehr seiner Anlage an den Markt zu verhindern. Im Fall einer zur endgültigen Stilllegung angezeigten Anlage besteht hingegen gar kein Bedarf seitens des Anlagenbetreibers, seine fortbestehende Stilllegungsabsicht nochmals anzuzeigen bzw. zu bekräftigen, er hat diesen Willen mit seiner Stilllegungsanzeige bereits zum Ausdruck gebracht. Es ist daher konsequent, dass das Gesetz vom Anlagenbetreiber auch keine erneute Stilllegungsanzeige verlangt.

Ein anderes Verständnis läuft vor allem dem gesetzgeberischen Motiv zuwider, das § 13b EnWG bzw. seiner Vorgängerregelung § 13a EnWG in der Fassung bis zum 29. Juli 2016 zugrunde liegt, nämlich ein Stilllegungsverbot für systemrelevante Kraftwerke zu schaffen, um die ÜNB bei ihrer Aufgabe und Erfüllung ihrer Verpflichtung zu unterstützen, die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems zu gewährleisten (Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie vom 28.11.2012 zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Neuregelung energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften“, BT-Drucksache 17/11705, S. 1; Gesetzesentwurf der Bundesregierung vom 20.01.2016 zum „Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Strommarkts“, BT-Drucksache 18/7317, S. 88). Die Gewährleistung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems durch die ÜNB unter Rückgriff auf die Leistung von Kraftwerken zum Redispatch, die der Kraftwerksbetreiber eigentlich stilllegen will, kann allein schon mit Blick auf das überragende öffentliche Interesse an einer sicheren und zuverlässigen Stromversorgung keine zeitlich beschränkte Aufgabe und Verpflichtung darstellen. Nach der Vorstellung des Gesetzgebers bleibt die Möglichkeit des Verbots der Stilllegung und der Verpflichtung zum Weiterbetrieb von systemrelevanten Kraftwerken solange bestehen, wie dies zur Aufrechterhaltung der sicheren und zuverlässigen Stromversorgung notwendig ist. Diese Notwendigkeit wird indes erst dann entfallen, wenn der erforderliche Netzausbaubedarf erfüllt ist.



Vor dem Hintergrund der in § 13b Abs. 5 S. 1 EnWG enthalten Ermächtigung zur Verlängerung bzw. Erneuerung der Systemrelevanzausweisung einer zur endgültigen Stilllegung angezeigten Anlage durch den ÜNB und deren Genehmigung durch die BNetzA, gehen die Erwägungen der Beigeladenen zum Rückgriff der ÜNB und der BNetzA auf ungeschriebenes Recht ins Leere.

2. Die Voraussetzungen des § 13b Abs. 5 S. 1 Nr. 1 EnWG liegen vor, da die Antragstellerin als systemverantwortliche Betreiberin des Übertragungsnetzes die Anlage Irsching 3 mit Schreiben vom 03.07.2017 als systemrelevant ausgewiesen hat und zwar bezogen auf die gesamte Netto-Nennleistung der Anlage in Höhe von 415 MW und in zeitlicher Hinsicht für die Dauer von 24 Monaten. Abweichend vom Antrag der Antragstellerin, die Systemrelevanzausweisung beginnend ab dem 01.05.2018 zu genehmigen, beginnt der Genehmigungszeitraum vorliegend am 03.05.2018, da die Genehmigungsentscheidung der Bundesnetzagentur vom 02.02.2015 (Az. 608-13-004/005) erst am 02.05.2018 ausläuft.

Die Systemrelevanzausweisung durch die Antragstellerin vom 03.07.2017 erfolgte im Anschluss an das Schreiben der Beigeladenen vom 05.05.2017, in dem diese erklärte, Irsching 3 nach Ablauf der genehmigten Systemrelevanzausweisung am 03.05.2018 endgültig stillzulegen.

3. Die Voraussetzungen des § 13b Abs. 5 S.1 Nr. 2 liegen vor. Denn die Bundesnetzagentur hat die Systemrelevanzausweisung von Irsching 3 durch die Antragstellerin gemäß § 13b Abs.5 S.4 EnWG teilweise zu genehmigen, da der Kraftwerksblock Irsching 3 bis zum Zeitpunkt der Einführung des EPM DE-AT, zuzüglich einer Übergangsfrist von 12 Monaten, beginnend mit der Einführung des EPM DE-AT, systemrelevant ist.

Die Systemrelevanz von Irsching 3 für den genannten Zeitraum liegt vor, da die Stilllegung der Anlage gemäß den Voraussetzungen des § 13b Abs.2 S. 2 EnWG mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde und diese Gefährdung oder Störung nicht durch andere angemessene Maßnahmen beseitigt werden kann.

a) Die Voraussetzung einer nicht unerheblichen Gefahr für die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems infolge der Stilllegung ist gegeben, da ohne die Verfügbarkeit von Irsching 3 gemäß § 2 Abs.2 S.1 Netzreserveverordnung (NetzResV) örtliche Ausfälle des Übertragungsnetzes oder kurzfristige Netzengpässe zu besorgen sind oder zu besorgen ist, dass die Haltung von Frequenz, Spannung oder Stabilität durch die Übertragungsnetzbetreiber nicht im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann. Die Systemsicherheit kann ohne die Verfügbarkeit der Anlage für den Redispatcheinsatz nicht mehr im erforderlichen Maße gewährleistet werden, da die ÜNB nach dem Ergebnis der Systemanalyse im Szenario einer verzöger-



ten Einführung des EPM DE-AT in der Stunde mit dem höchsten Redispatchbedarf die anerkannten Regeln der Technik für den sicheren Netzbetrieb im Sinne von § 49 EnWG verletzen. Zu den anerkannten Regeln der Technik für den sicheren Netzbetrieb gehört insbesondere die Vorgabe des ENTSO-E Operation Handbook an die ÜNB (Kapitel A ("N-1 Security Principle (Operational Planning And Real Time Operation)"))<sup>2</sup>, einen (n-1)-sicheren Betrieb des Übertragungsnetzes zu gewährleisten. Diese Verpflichtung ist nunmehr in der Verordnung (EU) 2017/1485 der Kommission vom 02.08.2017 zur Festlegung einer Leitlinie für den Übertragungsnetzbetrieb in den Art 32 ff. kodifiziert worden. § 2 Abs. 2 S. 3 NetzResV verlangt darüber hinausgehend einen noch höheren Sicherheitsstandard beim Netzbetrieb, da die ÜNB hiernach auch Mehrfachfehler angemessen beherrschen sollen. Aus der gemäß § 3 Abs. 2 NetzResV von den ÜNB durchzuführenden Systemanalyse zur Ermittlung des Netzreservebedarfs vom 24.02.17, die gemäß § 13b Abs. 2 S. 3 EnWG zur Begründung der Systemrelevanz von zur Stilllegung angezeigten Kraftwerken herangezogen werden soll, geht hervor, dass den ÜNB infolge einer stilllegungsbedingten Reduzierung der Redispatchleistung im Szenario einer verzögerten Einführung des EPM DE-AT insgesamt zu wenig Redispatchleistung zur Verfügung steht, um das Übertragungsnetz in der Stunde mit dem höchsten Redispatchbedarf unter Einhaltung der genannten Sicherheitsstandards zu betreiben.

Das Datum der Inbetriebnahme des EPM DE-AT ist der 01.10.2018; doch zutreffend geht die Antragstellerin davon aus, dass aus Gründen der Gefahrenvorsorge einzukalkulieren ist, dass es aufgrund von externen Faktoren zu einer Verzögerung bei der Inbetriebnahme des EPM DE-AT kommen kann.

b) Die Antragstellerin nimmt mit ihrer Systemrelevanzausweisung zu Recht an, dass die endgültige Stilllegung des Kraftwerksblocks Irsching 3 mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führt. Die Vorschrift in § 13b Abs.2 S.2 EnWG verlangt nicht, dass ein als „sicher“ feststehender Kausalzusammenhang zwischen der stilllegungsbedingten Nichtverfügbarkeit der betreffenden Erzeugungseinheit und der Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Betriebs des Übertragungsnetzes vorliegen muss. Es reicht vielmehr aus, wenn die Nichtverfügbarkeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs führt. Vor dem Hintergrund des überragenden öffentlichen Interesses an der gesicherten Elektrizitätsversorgung von Bürgern, Unternehmen und staatlichen Einrichtungen ist es vorliegend nicht geboten, übermäßige Anforderungen an das Maß der Eintrittswahrscheinlichkeit zu stellen.

---

<sup>2</sup> [https://www.entsoe.eu/fileadmin/user\\_upload/\\_library/publications/entsoe/Operation\\_Handbook/Policy\\_3\\_final.pdf](https://www.entsoe.eu/fileadmin/user_upload/_library/publications/entsoe/Operation_Handbook/Policy_3_final.pdf) (Stand: 30.12.2016).



Anlässlich der Systemrelevanzprüfung war die Antragstellerin daher gehalten, einen entsprechend vorsichtigen Maßstab anzulegen. Gemäß der ordnungsrechtlichen „je-desto-Formel“ hängt die rechtlich noch akzeptable Schadenseintrittswahrscheinlichkeit vom möglichen Schadensumfang ab. Dementsprechend ist bei denkbaren Kausalverläufen mit potentiell großen Schäden eine geringere Eintrittswahrscheinlichkeit zu verlangen, als bei Ursachenverkettungen mit potentiell begrenztem Schadensausmaß. An die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts sind mithin umso geringere Anforderungen zu stellen, je größer der zu erwartende Schaden und je ranghöher das vom Gesetz geschützte Schutzgut sind. Diesem Maßstab ist die Antragstellerin bei ihrer Systemrelevanzausweisung von Irsching 3 gerecht geworden. Gemessen an dem volkswirtschaftlichen Schaden eines ggf. unkontrollierten flächendeckenden Stromausfalls und den dabei drohenden Personenschäden hat die Antragstellerin mit der Annahme der Systemrelevanz der Anlage Irsching 3 für strombedingte Redispatch-Einsätze einen nicht zu beanstandenden Maßstab an die Wahrscheinlichkeit des Gefahreneintritts angelegt.

c) Es liegen keine Umstände vor, die darauf schließen lassen, dass gemäß § 13b Abs.2 S.2 Hs.2 EnWG die Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems durch andere angemessene Maßnahmen als das Stilllegungsverbot und die Verpflichtung zur Betriebsbereitschaftshaltung der Anlage beseitigt werden kann.

d) Nach § 13b Abs. 5 Satz 8 EnWG ist die Ausweisung auf den Umfang der Anlage zu beschränken, der erforderlich ist, um die Gefährdung abzuwenden. Die Antragstellerin durfte die Ausweisung der Systemrelevanz auf die gesamte Nennleistung des Blocks Irsching 3 beziehen.

e) Der Ausweisungszeitraum beginnt am 03.05.2018 um 00:00 Uhr. Die gegenwärtig noch geltende Genehmigung läuft am 02.05.2018 um 24:00 Uhr ab. Die Systemrelevanzausweisung wird nicht, wie von der Antragstellerin beantragt, bis zum 02.05.2020 genehmigt, sondern nur bis zum Ablauf von 12 Monaten nach dem Tag der Inbetriebnahme des EPM DE-AT, längstens jedoch bis zum 04.05.2020, da der 02.05.2020 auf einen Samstag fällt.

Nach § 13b Abs. 5 Satz 8 EnWG ist die Ausweisung auf den Zeitraum zu beschränken, der erforderlich ist, um die Gefährdung abzuwenden. Vor diesem Hintergrund ist der Genehmigungszeitraum für die Systemrelevanzausweisung inhaltlich mit der Einführung des EPM DE-AT zu verknüpfen. Denn nach Einführung des EPM DE-AT wird nach heutiger Einschätzung der Bundesnetzagentur und heutigen Rahmenbedingungen insbesondere europarechtlicher Art der Bedarf an Redispatchleistung in relevantem Umfang sinken und hiermit die bisher gegebene Systemrelevanz von Netzreservekraftwerken teilweise entfallen können und zwar in dem Umfang, der nicht mehr zur Gewährleistung des sicheren Netzbetriebs erforderlichen Netzreserveleistung (Feststellung der Bundesnetzagentur bezüglich des Netzreservebedarfs für den Winter



2017/2018 sowie das Jahr 2018/2019 vom 29.04.2017, S. 82<sup>3</sup>). Dieser Umstand ist bei der Bemessung des Genehmigungszeitraums dahingehend zu berücksichtigen, dass die von der Antragstellerin begehrte Ausweisungsgenehmigung bis zum 02.05.2020 nicht erteilt werden kann, da die Einführung des EPM DE-AT und damit der mögliche Wegfall der Systemrelevanz des Kraftwerksblocks zeitlich vor dem beantragten Datum liegen kann. Allerdings ist der zu Ausweisungszeitraum auch nicht auf das Datum der Einführung des EPM DE-AT zu begrenzen, sondern zusätzlich auf einen hieran anschließenden Zeitraum von 12 Monaten zu erstrecken, beginnend mit der Einführung des EPM DE-AT. Dies dient einerseits dazu, der Antragstellerin einen hinreichenden Zeitraum zur Sammlung von Erfahrungen mit den nach Einführung des EPM zu erwartenden veränderten wirtschaftlichen und physikalischen Lastflüssen zu verschaffen. Vor allem aber auch dazu, um der Beigeladenen einen planungs- und rechtssicheren Stilllegungsprozess zu ermöglichen. Die Zubilligung dieses Zeitraums zwischen der Einführung des EPM DE-AT und dem Datum, an dem die Anlage endgültig stillgelegt wird, ist angezeigt, um die Verhältnismäßigkeit des mit der behördlichen Genehmigung verbundenen Eingriffs in die Grundrechte der Beigeladenen, das Stilllegungsverbot und die Verpflichtung zur Betriebsbereitschaftshaltung der Anlage zum Redispatch, sicherzustellen. Ein unverhältnismäßiger Eingriff wäre möglicherweise gegeben, wenn die Beigeladene bis zur Einführung des EPM DE-AT die Betriebsbereitschaft der Anlage aufrechtzuerhalten hätte und hiernach unmittelbar die Systemrelevanz der Anlage entfiel. Denn in diesem Fall wäre es ihr faktisch unmöglich, obwohl sie die Anlage nun aus rechtlicher Sicht stilllegen dürfte, die Stilllegung tatsächlich unmittelbar durchzuführen. Denn wesentliche Maßnahmen, die im Hinblick auf die Stilllegung zu ergreifen sind, z.B. der Rückbau der Anlage und der Abbau des Personals sind zeitaufwändig und müssen mit ausreichendem zeitlichen Vorlauf vor dem tatsächlichen Stilllegungstermin eingeleitet werden, damit die Beigeladene ihre Anlage tatsächlich termingerecht, d.h. nach Ablauf der Genehmigungsentscheidung stilllegen kann.

Die Systemrelevanz ist im Hinblick auf § 13b Abs. 5 Satz 9 EnWG jedoch längstens auf den 04.05.2020 befristet, selbst wenn zu diesem Zeitpunkt die Frist für die Stilllegung der Anlage von 12 Monaten ab Einführung des EPM DE-AT noch nicht abgelaufen ist.

f) Ein Ermessen kommt der Bundesnetzagentur im Rahmen der Genehmigungsentscheidung nicht zu, da gemäß § 13b Abs.4 S.4 EnWG der Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung zu genehmigen ist, wenn die Anlage systemrelevant ist, § 13b Absatz 2 Satz 2 EnWG.

---

3

[https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen\\_Institutionen/Versorgungssicherheit/Berichte\\_Fallanalysen/Feststellung\\_Reservekraftwerksbedarf\\_2017.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/Versorgungssicherheit/Berichte_Fallanalysen/Feststellung_Reservekraftwerksbedarf_2017.pdf?__blob=publicationFile&v=3)



3. Die Voraussetzungen des § 13b Abs. 5 S.1 Nr. 3 EnWG liegen vor, da der Weiterbetrieb der Anlage Irsching 3 technisch und rechtlich möglich ist.

4. Aus dem Vortrag der Beigeladenen, wonach der Eingriff in ihre Grundrechte durch eine erneute Systemrelevanz-Ausweisung und deren behördliche Genehmigung nur dann verhältnismäßig sei, wenn der Kraftwerksbetreiber für die Belastungen, die von der endgültigen Stilllegung ausgingen, angemessen kompensiert werden, lassen sich vorliegend keine entscheidungserheblichen Schlussfolgerungen ziehen. Eine angemessene Kompensation der Anlagenbetreiber für die Belastungen, die mit der Systemrelevanzausweisung und deren Genehmigung durch die Regulierungsbehörde verbunden ist, hat nach § 13c Abs.3 EnWG zu erfolgen. § 13c Abs.3 EnWG verleiht den Kraftwerksbetreibern, deren geplante endgültige Stilllegung eines Kraftwerksblocks nach § 13b Absatz 5 Satz 1 verboten ist, einen Anspruch auf angemessene Vergütung im Hinblick auf die Kosten, die im Zusammenhang mit dem Stilllegungsverbot und der Verpflichtung zur Betriebsbereitschaftshaltung sowie dem Einsatz der Anlage in der Netzreserve entstehen. Dieser Vergütungsanspruch greift freilich auch im Fall einer erneuten bzw. wiederholten Systemrelevanzausweisung und deren behördlicher Genehmigung.

5. Die vorliegende Genehmigungsentscheidung wird mit der Auflage gegenüber der Antragstellerin verbunden, spätestens 13 Monate vor Ablauf der mit diesem Bescheid erteilten Genehmigung der Systemrelevanzausweisung, bei der Bundesnetzagentur einen erneuten Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung zu stellen, soweit sie zu dem Ergebnis kommt, dass die Anlage Irsching 3 über den hier genehmigten Zeitraum hinaus systemrelevant ist.

a) Gemäß § 13b Abs. 5 S.5 EnWG kann die Genehmigung unter Bedingungen erteilt und mit Auflagen verbunden werden. Die Erforderlichkeit der Auflage ergibt sich vorliegend aus dem Verhältnismäßigkeitsprinzip. Um sicherzustellen, dass das Stilllegungsverbot und die Pflicht zur Betriebsbereitschaftshaltung, die Rechte der Beigeladene nicht unangemessen beeinträchtigt, erscheint es angezeigt, dieser frühzeitig Planungssicherheit zu verschaffen, ob sie mit der Vorbereitung der Stilllegung beginnen kann oder sie sich darauf einzustellen hat, die Anlage auch künftig weiterbetreiben zu müssen. Für den Fall, dass die Antragstellerin keine erneute Systemrelevanzausweisung von Irsching 3 betreiben wird, muss die Beigeladene durch rechtzeitige Information hierüber in die Lage versetzt werden, die Anlage pünktlich zum Ablauf des vorliegenden Genehmigungszeitraums auch tatsächlich stillzulegen. Sollte die Antragstellerin dagegen zu dem Ergebnis kommen, dass die Systemrelevanz von Irsching 3 auch über den aktuellen Genehmigungszeitraum künftig fortbesteht, ist die rechtzeitige Information hierüber ebenfalls erforderlich, da die Beteiligte ansonsten unzumutbar in ihrer Personalplanung beeinträchtigt wird. Die Möglichkeit einer vorausschauenden Personalplanung ist von hoher Bedeutung für die Beigeladene, um ihrer Verpflichtung zur weiteren Betriebsbereitschaftshaltung nachkommen zu



können. Denn je kurzfristiger die Beigeladene davon Kenntnis erlangt, Irsching 3 gegebenenfalls weiterbetreiben zu müssen, desto schwieriger wird es regelmäßig sein, hierfür geeignetes Personal zu halten oder zu beschaffen. Insbesondere liegt die Möglichkeit nahe, dass Teile des vorhandenen Personals angesichts zu großer Planungsunsicherheiten hinsichtlich des Weiterbetriebs der Anlage ihre Beschäftigung wechseln.

b) Die Bestimmung des zeitlichen Vorlaufs von 13 Monaten vor Ablauf der gegenwärtigen Genehmigung stellt sicher, dass die Beigeladene rechtzeitig darüber informiert wird, ob ihre Anlage weiterhin Bestandteil der Netzreserve bleiben soll. Gleichzeitig können mit der Bestimmung dieses Zeitraums die Interessen der Beigeladenen und des Antragstellers zu einem Ausgleich gebracht werden. Für die Beigeladene ist bedeutsam, möglichst frühzeitig Planungssicherheit hinsichtlich des Weiterbetriebs der Anlage zu erhalten, was sie mit ihrer Forderung nach einem zeitlichen Vorlauf von mindestens 15 Monaten geltend gemacht hat. Auf der anderen Seite hat die Antragstellerin ein berechtigtes Interesse daran, die erforderlichen entscheidungserheblichen Umstände zu kennen, die Voraussetzung sind, um überhaupt entscheiden zu können, ob eine Anlage auch über den mit diesem Bescheid genehmigten Zeitraum noch systemrelevant ist oder nicht. Entscheidungserheblich ist für die Antragstellerin das Wissen darüber, ob das EPM DE-AT pünktlich am 01.10.2018 startet. Es ist zugunsten der Antragstellerin davon auszugehen, dass hierüber nicht bereits Monate im Voraus, sondern vergleichsweise kurzfristig Gewissheit bestehen wird. Zumutbar ist der Antragstellerin, spätestens einen Monat vor der geplanten Einführung des EPM DE-AT am 01.10.2018 eine Entscheidung über die künftige Systemrelevanz zu treffen und gegebenenfalls bei der Bundesnetzagentur einen Antrag auf Genehmigung einer erneuten Systemrelevanzausweisung zu stellen. Der Ablauf der Frist bis zu der die Antragstellerin gegebenenfalls bei der Bundesnetzagentur erneut den Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung stellen muss fällt somit gemäß § 31 Abs.3 VwVfG auf Montag, d. 03.09.2018. Die von der Beigeladenen geforderte Entscheidungsfrist von mindestens 15 Monaten vor Ablauf der vorliegenden Genehmigung, also mutmaßlich der 01.07.2017, erscheint dagegen zu frühzeitig, um von der Antragstellerin eine Entscheidung über die künftige Systemrelevanz der Anlage einzufordern, da mögliche Verzögerungen bei der Implementierung, insbesondere infolge von IT-bezogenen Unzulänglichkeiten, der Erfahrung nach noch relativ kurzfristig vor dem Start eines neuen Prozesses auftreten können. Zum Ausgleich der Interessen gehört auch, dass sich die Bundesnetzagentur in der Verantwortung sieht, ihren dreimonatigen Bearbeitungszeitraum gemäß § 13b Abs. 5 Satz 6 EnWG für die gegebenenfalls erforderliche Entscheidung über einen erneuten Genehmigungsantrag, nicht auszuschöpfen, sondern innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Genehmigungsantrags hierüber zu entscheiden.

### III.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Entscheidung kann binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung dieser Entscheidung Beschwerde eingelegt werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit diese Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 27.09.2017



Achim Zerres  
(Abteilungsleiter Energieregulierung)